



## Pressemitteilung

Ansbach, 03. Februar 2012

*Nach Entscheidung über Weiterbetrieb der US-Militärbasen Katterbach und Illesheim:*

### Kommt mit neuer „Rotationsstrategie“ ab 2013 noch mehr Hubschrauberlärm?

*Volkswirtschaftl. Schaden durch Lärm und Abgase wiegt schwerer als angebliche Wirtschaftskraft*

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ erklärt zur Entscheidung über den vorläufigen Weiterbetrieb der US-Militärbasen in Ansbach-Katterbach und Illesheim:

„Wir sind wenig überrascht über den Weiterbetrieb. Solch laxe Flugbestimmungen wie sie im Raum Ansbach herrschen, sind eine große Erleichterung für das Kriegshandwerk der US-Armee. Würden in einem US-Bundesstaat Überflüge bis zwei Uhr nachts ohne jeglichen Schutz von Wohngebieten geduldet, könnte sich ein dortiger Gouverneur kaum zwei Wochen im Amt halten.“

Umso enttäuschender ist das Verhalten der bayerischen Staatsregierung, die nach wie vor keinerlei Rücksicht auf die Lebensqualität der Menschen im Umfeld der Basen Katterbach und Illesheim nehmen will und stattdessen Innenminister Herrmann auf eine mehrtägige Bittsteller-Tour nach Washington sendet, um bayerische US-Kasernen zu zementieren – auch auf Kosten der Steuerzahler. Dass diese Mission gründlich missglückt ist, wie Bamberg, Schweinfurt und Grafenwöhr zeigen, ermöglicht nun, gleich bei mehreren Kommunen mitzuverfolgen, welche Chancen Konversion für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet.

Der Standort Ansbach mit den Hubschrauberbasen in Katterbach und Illesheim wird als einziger bayerischer Stützpunkt in vollem Umfang weiterbetrieben – wenn nicht noch weiter aufgerüstet. Bereits jetzt gleicht die Situation infolge der Belastungen der Bevölkerung durch die Militärpräsenz einem Pulverfass, was über 18.000 Beschwerden über Fluglärm binnen eines Jahres deutlich ausdrücken. Die Weigerung der Staatsregierung, auf eine Korrektur der „Fehlstationierung“ von 110 Kampfhubschraubern in einer dicht besiedelten Region hinzuwirken, wird die deutsch-amerikanische Freundschaft leider auch zukünftig belasten.

Die Ankündigung von US-Verteidigungsminister Panetta, im Zuge der Verkleinerung der Streitkräfte für die Truppenkontingente in Europa ab 2013 eine „Rotationsstrategie“ einzuführen, wonach die Soldaten nach nur einigen Wochen wieder ausgetauscht werden sollen, birgt zudem das Risiko eines intensivierten Übungsbetriebs vor Ort mit noch stärkerer Fluglärmbelastung der Bürger. Überdies soll nach derzeitigem Planungsstand diese Strategieänderung beinhalten, dass zukünftig Familienangehörige in den USA verbleiben. Dies hätte wiederum Auswirkungen auf die Entwicklung der ghettoartigen Militärsiedlung am Ansbacher Urfeld.

Gerade nach Bekanntwerden eines aktuellen IHK-Gutachtens, das belegt, dass die angebliche Wirtschaftskraft der US-Armee weitaus geringer ist, als von manchen Stationierungsbefürwortern

bisher angenommen (siehe BI-Pressemitteilung vom 31.01.2012), kristallisiert sich der volkswirtschaftliche Schaden der Militärpräsenz für Westmittelfranken immer mehr heraus. Der Hubschrauberlärm kann laut Ansbacher Gesundheitsamt schwerwiegende körperliche und psychische Schäden verursachen. Die offiziellen Angaben der US-Armee über die abgeleiteten Flugstunden ergeben eine Feinstaubbelastung in Höhe von über 150.000 Tonnen CO<sup>2</sup> im Jahr. Hinzu kommt die Wertminderung von Häusern und Grundstücken an den Überflugschneisen. Währenddessen geht der finanzielle Gewinn der Militärpräsenz für einige Wenige auf Kosten vieler, auf Kosten ganzer Stadt- und Ortsteile in der Region.

Nicht zuletzt aufgrund der volkswirtschaftlichen Verlustrechnung der Stationierung wird die BI nach der gestrigen Bekanntgabe mit verstärkter Kraft für eine Abzugsperspektive der Kampfhubschrauber im Interesse einer lebenswerten Region arbeiten. Die Aussage über Ansbach als „dauerhaften Stützpunkt“ besitzt angesichts der US-Schuldenkrise eine potenziell kurze Halbwertszeit. Die nächste Abzugsrunde ist absehbar. Eine rechtzeitig geplante zivile Umnutzung schafft hingegen viele Voraussetzungen für nachhaltige Investitionen und gute Arbeitsplätze.

Womöglich verhilft eine temporäre Verlagerung von Hubschrauberflügen vor die Tore Münchens zur späten Einsicht der Verantwortlichen in Bezug auf die politischen Fehlentscheidungen in der Stationierungsfrage. Für eine objektive Einschätzung seitens der Entscheidungsträger regen wir Gespräche mit Betroffenen an, anstatt sich auf zweifelhafte Internetumfragen zu stützen, wie es mancher Kommunalpolitiker in Ansbach derzeit mit Blick auf die Militärpräsenz tut.“

*gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher*